

uniterre



FEBRUAR 2021

№ 1 66. JAHR

JAB 2518 NOOS

WWW.UNITERRE.CH

TIERHALTUNG
Diskussionsbeitrag

KEIN FREIHANDEL
mit Indonesien. Argumente.

GENERALVERSAMMLUNG
Coronabedingt als Videokonferenz

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG



UND DIE MENSCHEN?

EDITORIAL

ULRIKE MINKNER
BÄUERIN UND UNITERRE SEKRETÄRIN

Ob ich davon leben kann? Das werde ich immer wieder gefragt, wenn ich von meiner Arbeit als Bäuerin auf dem Hof erzähle. Nein, das kann ich nicht. Ich habe einen kleinen Zuverdienst bei Uniterre (Zeitung, Redaktionsteam und Layout). Da bin ich keine Ausnahme, im Gegenteil. Im Agrarbericht heisst es dazu: „Das ausserlandwirtschaftliche Einkommen hat in der Hügel- und Bergregion mit einem Anteil am Gesamteinkommen von 34 % eine grössere Bedeutung als in der Talregion mit 28 %.“ Fazit: Auf sehr vielen Höfen ist das ausserlandwirtschaftliche Einkommen ein wichtiger Bestandteil des Gesamteinkommens, es macht circa einen Drittel aus. Da ich die Arbeit für die Zeitung von Uniterre quasi vom Schreibtisch aus erledigen kann, ist dieser Nebenerwerb für mich ideal. Ich muss den Hof für diese Arbeit nicht verlassen und kann meistens frei darüber verfügen, wann ich sie erledige. Für die meisten Bauern und Bäuerinnen ist das weniger einfach. Für sie heisst es, der Tag muss durchorganisiert sein. Hof, Stall, Tiere, Küche, Kinder, Garten, Direktvermarktung und die Arbeit auswärts sind so einzuteilen, dass alles funktioniert und niemand zu kurz kommt; nicht zu vergessen die Beziehungen innerhalb der Familie, zu den Mitarbeiter*innen und die sozialen Kontakte nach aussen.

Ich möchte hier einen Blick auf die Frauen werfen. Es gibt Frauen, die nicht auf dem Hof mitarbeiten, sondern mit ihrer Arbeit in anderen Branchen zum Gesamteinkommen des Betriebs beitragen. In vielen Fällen obliegt den Frauen dennoch ein Grossteil der Hausarbeit und Kinderbetreuung. Es gibt Frauen, die ihre Arbeitszeit aufteilen und wieder andere arbeiten ausschliesslich auf dem Betrieb. Die Standard-Bäuerin gibt es nicht. Eines ist uns Bäuerinnen und Bauern aber gemeinsam, wir haben volle Tage.

Der Agrarbericht stellt erneut fest, dass sich ein Trend fortsetzt: Die Anzahl der Betriebe nimmt ab und gleichzeitig nimmt die Grösse der verbleibenden Betriebe laufend zu. „In der Schweiz gab es im Jahr 2019 insgesamt 50 038 Landwirtschaftsbetriebe, 814 weniger als im Vorjahr, im Jahr 2000 waren es noch 70 537 Betriebe insgesamt.“ Die verbleibenden Höfe bewirtschaften immer mehr Fläche mit immer grösseren Maschinen. Das sind Zahlen, aber dahinter stehen Menschen und Schicksale. Wenn die Höfe grösser werden, die Anzahl der Beschäftigten aber gleichzeitig sinkt, hat das Konsequenzen. Oft sind diese Höfe hoch verschuldet und die Arbeit wird einsam, denn mit Maschinen, Robotern und Computern kann man nicht reden, schon gar nicht über Sorgen oder Zukunftsperspektiven.

Wir bei Uniterre reden viel, diskutieren viel, organisieren und kritisieren, wir mischen uns ein und stellen Forderungen für eine einträgliche und zukunftsgerichtete Landwirtschaft und für den Erhalt unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen. Damit das so bleibt, brauchen wir Sie, Euch alle. Und deshalb freuen wir uns auf Begegnungen, Eure kreativen Einmischungen und Eure finanzielle und ideelle Unterstützung im neuen Jahr. •

WINTERFÜTTERUNG

WELCHE TIERHALTUNG WOLLEN WIR?

VANESSA RENFER
BÄUERIN UND UNITERRE SEKRETÄRIN

RUDI BERLI
GENÜSEBAUER UND UNITERRE SEKRETÄR

Die Initiative gegen Massentierhaltung hat die benötigte Anzahl Unterschriften mit Leichtigkeit erreicht. Nun wird das Volk, an einem noch unbekanntem Datum, über die Vorlage befinden. Um das Tierwohl zu fördern, verlangt sie u.a. eine drastische Reduktion des Tierbestands auf Schweizer Bauernhöfen. Uniterre hat noch nicht Stellung bezogen und möchte daher eine Debatte unter seinen Mitgliedern anstossen.

„KEINE MASSENTIERHALTUNG IN DER SCHWEIZ“, so lautet der offizielle Name der eidgenössischen Volksinitiative, die im Juni 2018 vom Verein Sentience Politics lanciert worden ist. Sie wurde im September 2019 bei der Bundeskanzlei eingereicht, mit 106'125 validierten Unterschriften. Nach einer Annahme durch das Volk gewährt der Initiativtext eine Übergangsfrist von 25 Jahren und fordert zusammenfassend folgende Änderungen:

- Die Abschaffung der Massentierhaltung
- Höhere Tierschutz-Standards (namentlich regelmässigen Freilauf und mehr Platz pro Tier)
- Eine Importregelung, die den Schweizer Standards Rechnung trägt.

Der Initiativtext wirft zweifellos interessante Fragen auf und sowohl die Landwirtschaft als auch die Konsument*innen sollen ihr Verhältnis zu den Tieren und zu den Tierprodukten ernsthaft hinterfragen. Die Initiative verlangt viel, aber es ist immer vorteilhaft, ehrliche Fragen zu stellen und sich Zeit zu nehmen, sie zu beantworten.

1. WAS IST MASSENTIERHALTUNG? EXISTIERT SIE IN DER SCHWEIZ?

Der französische Wikipedia-Artikel zur Massentierhaltung („Elevage intensif“; Übersetzung durch Uniterre) liefert folgende Definition: „Die Massentierhaltung ist eine Form der industrialisierten Tierhaltung, die auf eine starke Ertragssteigerung abzielt, insbesondere durch die Erhöhung der Tierdichte im Betrieb oder durch eine Loslösung von der Umgebung (durch Einschluss). Diese Art der Tierhaltung ist der breiten Öffentlichkeit v.a. durch die Batteriehaltung von Geflügel bekannt, betrifft aber eine Vielzahl von Nutztieren: Kühe, Schweine, Kaninchen, Lachse... Diese industrielle Methode kam am Ende des Zweiten Weltkriegs auf.“ Die hohe Dichte und der Einschluss der Tiere sind zwei Kriterien, die in der Schweiz für die Geflügel- und Schweinehaltung gelten, manchmal auch für Rinder. Insofern ist die Massentierhaltung bei uns eine Realität, auch wenn die Standards hier strenger sind als im Ausland. Die Frage ist also: Wo ziehen wir die Grenze?

2. WELCHE ERWARTUNGEN AN DIE TIERHALTUNG HABEN DIE KONSUMENT*INNEN?

Infolge der Tatsache, dass die meisten Lebensmittel in Supermärkten gekauft werden, hat die grosse Mehrheit der Konsument*innen eine äusserst unvollständige Vorstellung der Realitäten in der Tierhaltung. Das aggressive Marketing der grossen Detailhändler, das auf einem stark idealisierten Bild der Landwirtschaft beruht, trägt zur

Schaffung einer einseitigen Darstellung der Tierhaltung bei. Infolgedessen wächst der Graben zwischen Realität und Erwartungen immer weiter. Es scheint schwierig, die beiden Extreme miteinander zu vereinbaren, und schwierig ist es auch, alle und jedes Budget zufrieden zu stellen.

3. WELCHE AUSWIRKUNGEN HÄTTE EINE ANNAHME DER INITIATIVE AUF DIE LANDWIRTSCHAFT?

Reden wir Klartext: 99 Prozent der heutigen Geflügelanlagen wären illegal. Dasselbe gälte wahrscheinlich für die Schweinehaltung. Rindermastställe, die in der Regel keinen Zugang zu Weideland bieten, würden ebenfalls verboten werden. Eine solche Reduktion der Tierbestände hätte erhebliche Auswirkungen auf das Einkommen von Bauernfamilien, die zuvor hohe Investitionen getätigt haben (insbesondere in grosse Geflügelställe und in die Freilandhaltung). Auch die Verfügbarkeit von Hofdüngern würde sinken. Eine Annahme würde eine Neuausrichtung auf andere Produktionszweige erzwingen, auch da, wo es die Topografie nicht zulässt.

4. WAS IST EIN FAIRER PREIS FÜR FLEISCH, MILCHPRODUKTE ODER HONIG AUS TIERGERECHTER HALTUNG?

Wir kommen immer wieder auf den Kern der Sache zurück, und das nicht ohne Grund. Es waren ökonomische Kriterien, die die Bauernschaft dazu bewegen haben, in die industrielle oder halbindustrielle Tierhaltung zu investieren. Denn wenn keine angemessenen Preise bezahlt werden, kann nur eine Erhöhung des Tierbestands ein (mageres) Einkommen abwerfen. Faire Preise hingegen können einen Ausstieg aus diesem Modell ermöglichen, wenn dies denn der Wille der Bürger*innen ist. Die Forderungen an die bäuerliche Welt muss vom Kaufverhalten der Bevölkerung gedeckt werden.

UNSERE VIER FRAGEN SIND NUR EINE SKIZZE DER KNACKPUNKTE, die es zu diskutieren gilt. Das Thema ist komplex und kann nicht mit vorgefertigten Antworten abgehandelt werden. Um unsere eigene Position zu finden, möchte das Team von Uniterre ein umfassendes Dossier zusammenstellen, das alle Aspekte der zukünftigen Tierhaltung in der Schweiz beinhaltet.

ALLE UNSERE MITGLIEDER, seien es Bäuerinnen, Bauern oder Konsument*innen, sind daher herzlich eingeladen, uns ihre Meinung, ihre Ängste und Hoffnungen mitzuteilen. Vielen Dank im Voraus. •

Vanessa Renfer – v.renfer@uniterre.ch
Rudi Berli – r.berli@uniterre.ch

NACHBESSERN BEI DER AGRARPOLITIK

MICHELLE ZUFFEREY
SEKRETÄRIN UNITERRE

In der Dezembersession 2020 beschloss der Ständerat, die Beratungen zur AP22+ (Agrarpolitik ab 2022) zu sistieren. Auch Uniterre war mit dem Projekt unzufrieden, da wir der Meinung sind, dass es den Preisdruck erhöhen, die landwirtschaftlichen Praktiken intensivieren würde und so die Bäuerinnen und Bauern in der Schweiz und weltweit einer noch schärferen Konkurrenz ausgesetzt werden.

HOHE AUFLAGEN UND NIEDRIGE PREISE. Die Bäuerinnen und Bauern erhalten immer mehr Auflagen und die Preise der Produzent*innen sinken ständig. Der Verschuldungsgrad der Bauernfamilien ist der höchste in Europa. Gefangen im Würgegriff des Systems, haben die Bäuerinnen und Bauern keinen Handlungsspielraum mehr. Das Projekt PA 22+ verstärkt diese Situation weiter, die zu einer Erosion der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der Schweiz zugunsten grösserer und spezialisierterer Produktionseinheiten führt. Diese werden dadurch viel anfälliger, da sie häufig auf ein einzelnes Produkt setzen. Im Falle von Ernteausfällen, Krankheiten oder anderen Problemen haben sie keine Alternativen.

FÜR EINE WIDERSTANDSFÄHIGE LANDWIRTSCHAFT. Die AP muss sich auf die Preise konzentrieren, die den Bäuerinnen und Bauern gezahlt werden, einschliesslich einer besseren Verteilung der Gewinnmargen innerhalb der Wertschöpfungsketten. Sie muss eine diversifizierte Produktion und eine von Importen möglichst unabhängige Viehhaltung unterstützen. Die Forschung muss gestärkt werden mit dem Ziel, 100% schweizerische und ökologische Wertschöpfungsketten zu schaffen: Schweizer Zucker, graslandbetonte Viehzucht (Fleisch aus der Berg- und Hügellzone) usw. Und die Direktzahlungen müssen die Bäuerinnen und Bauern bei der Umstellung auf eine noch umweltfreundlichere Landwirtschaft unterstützen.

DIE RÜCKWEISUNG DES VORSCHLAGS AN DEN ABSENDER ist eine Möglichkeit, zu versuchen, die Debatte in die richtige Richtung zu beeinflussen. Jetzt ist es an der Zeit, sie zu nutzen! •

WIR FEIERN 70 JAHRE UNITERRE!

Im Jahr 1951 wurde in Lausanne die „Union des producteurs suisses (UPS)“ gegründet. Sie vereint dazu die verschiedenen bäuerlichen Protestkomitees in der Romandie und orientierte sich an der Organisationsform und dem Programm der UPV (Union des producteurs valaisans). Letztere hat sich im Jahre 1949 in Sion gegründet unter Federführung von René-Albert Houriet, Mitglied der Parti ouvrier populaire (POP). Die Forderungen gleichen sich noch heute mit denen von Uniterre: Eine Preisgarantie, die den Bauern ein angemessenes Einkommen sichern soll, und die Blockierung von Importen, solange die einheimischen Produkte nicht verkauft werden. „Die Union formuliert und fördert die Forderungen der Bauern und Bäuerinnen. Wenn nötig, wird sie kämpfen“, heisst es in demselben Programm.

IM JAHR 2021 FEIERN WIR DEN 70. GEBURTSTAG VON UNITERRE.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen um in den nächsten Wochen und Monaten ein Vorbereitungskomitee zu gründen um nicht nur die bewegte Geschichte von Uniterre aufzuarbeiten sondern auch ein vielfältiges Festprogramm zu organisieren. Dein Engagement ist willkommen: 70ansdelutte@uniterre.ch

ARGUMENTE, FRAGEN UND ANTWORTEN ZUM REFERENDUM

MATHIAS STALDER
SEKRETÄR UNITERRE

Was ist der Hauptgrund, weshalb Uniterre das Referendum gegen das Freihandelsabkommen (FHA) mit Indonesien mitträgt?

Mathias Stalder: Die Lancierung des Referendums wurde von Willy Cretegny, Biowinzer aus Satigny im Kanton Genf, angestossen und Uniterre war von Anfang an aktiv dabei. Mittlerweile wird das Referendum von einem breiten Bündnis von über 50 Organisationen getragen. Ein Augenmerk ist die zentrale bäuerliche Frage des Preisdrucks auf die heimische Ölsaatenproduktion: Heute ist das Palmöl 18 Rappen billiger als Raps- und Sonnenblumenöl, mit dem Abkommen könnten es bis zu 60 Rappen sein. Was nach wenig aussieht, ist für die Verarbeiter aber der Grund, noch mehr auf Palmöl zu setzen. Für die Landwirtschaft ist klar, dass der Freihandel nur negative Auswirkungen hat. Sie kann mit den globalen Marktpreisen nicht mithalten und kommt unter dem Druck der grossen Verarbeiter- und Handelsunternehmen unter die Räder. Generell geht mit dem Freihandel eine umfassende Marktkonzentration einher.

Die Befürworter sagen, dass das Freihandelsabkommen gerade nachhaltiges Palmöl fördere. Ist das nicht im Sinne von Uniterre?

MST: Das schwache und freiwillige Zertifizierungssystem RSPO (Roundtable on Sustainable Palm Oil) ist ein Etikettenschwindel und hängt vom „guten Willen“ der Partnerländer ab. Führende NGO's wie Greenpeace stellen systematische Verstösse bei diesem Label fest: Brände, Torfandverluste und Verletzungen der Menschen- und Arbeitsrechte. Sie kommen zum Fazit, dass es keinen signifikanten Unterschied zwischen den zertifizierten und nicht zertifizierten Plantagen gibt. Eine aktuelle Studie¹ zeigt zudem, dass 75 Prozent der RSPO-Plantagen auf ehemaligem Waldgebiet liegen. In diesem Abkommen fehlen klare Kontroll- und Sanktionsmechanismen und eine Gerichtsbarkeit. Die hochgelobte Nachhaltigkeitsklausel verkommt so zum Feigenblatt. Mit dem am 5. Oktober 2020 verabschiedeten Omnibus-Gesetz werden nochmals ökologische und soziale Standards dereguliert. Das zeigt, dass die indonesische Regierung kein Interesse daran hat, die lokalen Gemeinschaften, Indigene und Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu schützen. Diese sind von hunderten Landkonflikten, von Vertreibung und Enteignung betroffen. Das bedroht ganz konkret ihre Ernährungssicherheit.

Das Freihandelsabkommen bringt gemäss Befürworter verschiedene Vorteile (Schutz des geistigen Eigentums, Beseitigung technischer Handelshemmnisse, Erhöhung der Investitionssicherheit). Was sagt ihr dazu?

MST: Freihandelsabkommen sind Instrumente, um die Privilegien und den Reichtum multinationaler Konzerne zu sichern. Die Achtung des geistigen Eigentums ist ein protektionistisches Instrument (z. B. das TRIPS-Abkommen²), das in keiner Weise dazu benutzt werden darf, das Recht auf Saatgut zu untergraben. Daher sollte die Verpflichtung zur Nutzung des UPOV91-Systems nicht Teil von Freihandelsabkommen sein³. Bereits heute sind bei beiden Handelspartnern erhebliche Wachstumsraten beim Export zu erkennen. Indonesien profitiert aktuell im grossen Stil von diesem Trend. Economiesuisse spricht von einem Einsparungspotential von 25 Millionen Franken für die Schweizer Exportindustrie jährlich (bei einem durchschnittlichen Zollansatz von 8 Prozent). Auf der Ebene der Schweizer Wirtschaft ist dies völlig unbedeutend und kann nicht die verstärkte Konkurrenz um globale Ressourcen (Palmöl, Kohle und Holz) rechtfertigen, welche gleichzeitig die Ursache für gravierende Menschenrechtsverletzungen, Landraub und Zerstörung der Biodiversität ist. Für uns ist deshalb klar: Angesichts der Klima- und Umweltkrise hat der Schutz der Böden, der Bäume, des Wassers, der Tiere, Pflanzen und der Menschen höchste Priorität.

Was ist eure Alternative zum vorliegenden Freihandelsabkommen mit Indonesien?

MST: Die neoliberalen Dogmen der FHA aus den 90er Jahren sind veraltet. Es ist an der Zeit, zukunftsfähige Handelsbeziehungen aufzubauen. Die gegenwärtige COVID-Krise zeigt, wie zerbrechlich die Globalisierung ist. Sie beleuchtet unsere Abhängigkeit von weltweiten Lieferketten, nicht nur im Gesundheitsbereich, sondern insbesondere auch bei der Nahrungsmittelversorgung. Gegensteuer können wir durch lokale und nachhaltige Versorgungssysteme mit Arbeitsplätzen vor Ort geben. Nachhaltigkeit, auch in sozialer und ökologischer Hinsicht, muss auf sämtlichen Stufen berücksichtigt werden. Alles andere bedroht hier wie dort die soziale Stabilität und beschleunigt die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen.

Warum braucht es ein NEIN an der Urne am 7. März 2021?

MST: Die Palmölgewinnung steht stellvertretend für eine fehlgeleitete menschen- und umweltverachtende Produktion. Sie ist der Inbegriff eines kurzfristigen und einzig auf Profit ausgerichteten Wirtschaftssystems, das für immer mehr Menschen klar erkennbar an seine sozialen und ökologischen Grenzen stösst. In diesem Sinne knüpfen wir an die Konzernverantwortungsinitiative an und lehnen dieses Freihandelsabkommen ab. Weil es Nachhaltigkeit verspricht, aber eine Politik, die Mensch und Umwelt schadet, zementiert. • www.stop-palmoel.ch

NEHMEN WIR DAS BEISPIEL DES KOHLEABBAUS:

Hier ist Indonesien weltgrösster Exporteur und baut auf 17,5 Mio. Hektar (2017) Kohle ab. Das entspricht über 10 Prozent der Landfläche. Viele der Flächen liegen auf Reisanbaugebiet. Die NGO „Jatam“ schätzt, dass so 1,7 Millionen Tonnen Reis pro Jahr verloren gehen und weitere 6 Millionen Tonnen durch verschmutztes Wasser bedroht sind.

WEITERE INFORMATIONEN:

1 Studie: Cazzolla Gatti, R., & Velichevskaya, A. (2020). Certified “sustainable” palm oil took the place of endangered Bornean and Sumatran large mammals habitat and tropical forests in the last 30 years. *Science of the Total Environment*, 742, 140712. doi:10.1016/j.scitotenv.2020.140712

<https://news.mongabay.com/2020/08/palm-oil-certification-sustainable-rspo-deforestation-habitat-study/>

2 www.publiceye.ch/de/news > TRIPS-plus benachteiligt Kleinbäuerinnen und Patienten der Länder des Südens

3 www.recht-auf-saatgut.ch/
<https://fastenopfer.ch/category/recht-auf-nahrung/agrarindustrie-und-sicherung-der-lebensgrundlagen/>



MITGLIEDER, DIE SICH ENGAGIEREN

MATHIAS STALDER
SEKRETÄR UNITERRE

Das Projekt der fairen Milch, die Arbeit rund um die Umsetzung der bäuerlichen Rechte (UNDROP) oder das kurzfristig ergriffene Referendum gegen das Freihandelsabkommen mit Indonesien zeigt auf, was Uniterre antossen und bewirken kann. Doch unser Ziel muss es sein, die Mitglieder und Kommissionen zu stärken und die öffentliche Wahrnehmung unserer Werte und Kampagnen zu verbessern. Dabei folgen wir unserem Grundsatz, die sozioökonomische Situation der Bäuerinnen und Bauern zu stärken und für faire Preise einzustehen.

IN DEN LETZTEN MONATEN haben das Sekretariat und das Komitee über wichtige Änderungen nachgedacht, um die Beteiligung der Mitglieder an der Arbeit von Uniterre zu stärken: Der Vorstand soll gestärkt und zu einem vollwertigen strategischen Organ werden. Er ist verantwortlich für die statutenkonforme Führung der Geschäfte, vollzieht die Beschlüsse der Vereinsversammlung, behält den Überblick über die Finanzen und deren gezielten Einsatz, sorgt für Transparenz, prägt wesentlich die Vereinskultur und stärkt die Kommunikation nach innen und nach aussen. Umsetzung: Der Vorstand soll neu für zwei Jahre gewählt werden (Statutenänderung), um eine kontinuierliche Arbeit zu sichern. Verantwortlichkeiten und Pflichtenhefte werden formuliert. Der Vorstand besteht aus mindestens 7 Mitgliedern (aus den Sektionen und den thematische Kommissionen) und soll die Vielfalt der Mitglieder von Uniterre widerspiegeln. Mehrere Personen haben bereits Interesse bekundet.

WEITER SOLLEN ZWEI NEUE SPEZIFISCHE KOMMISSIONEN den Vorstand begleiten. Eine juristische, um in agrarpolitischen Themen wie auch in konkreten Rechtsfällen Beistand zu leisten, bestehend aus 2 bis 3 Jurist*innen, die die Vision von Uniterre teilen. Dazu kommt eine beratende Kommission, z.B. zu Themen wie Milchmarkt, Gentechnik, Saatgut etc. Die Aufgabe dieser Kommission sind die Vorbereitung der Dossiers und die Formulierung politischer Vorstösse, z.B. für die interparlamentarische Gruppe Ernährungssouveränität. Sie kann situativ für Kampagnen mobilisiert werden und setzt sich aus Mitgliedern aus den Sektionen und Kommissionen zusammen, ist aber auch offen für Menschen aus der landwirtschaftlichen Forschung, Beratung und Ausbildung, sowie Verarbeiter*innen, und Konsument*innen. Unsere Arbeit soll noch stärker auf das ganze Ernährungssystem ausgerichtet sein. Ganz zentral hierbei ist es, dass vermehrt Mitglieder als Sprecher*innen auftreten, sei es als Landwirt*in oder Mitglied einer thematischen Kommission (Frauen, Milch und Ackerbau). Das Ziel: Mindestens zwei neue Sprecher*innen pro Sprachregion. Sie unterstützen uns in der Medienarbeit und prägen wesentlich die Wahrnehmung unserer Organisation. Wer hier mitmachen will, kann sich gerne bei uns melden.

ENGAGIERTE MITGLIEDER IN DEN SEKTIONEN SIND UNSERE BASIS. Hier gilt es, Aktivitäten zu organisieren, sei es einen Hofbesuch, eine agrarpolitische Debatte oder Verteil- und Werbeaktionen an landwirtschaftlichen Veranstaltungen. Die Sektionen arbeiten mit unseren befreundeten Organisationen auf lokaler Ebene zusammen. Unterstützt werden sie jeweils von einer Regionalkoordinator*in aus dem Sekretariat.

IN EINER KOMMENDEN SITZUNG (20. MAI 2021) möchten wir diese Vorschläge mit Euch diskutieren und diesen Prozess konkretisieren. Es geht darum, einen Zeitplan mit konkreten Kampagnen über die nächsten zwei Jahre festzulegen und damit im 70. Jubiläumjahr von Uniterre unsere Kräfte zu mobilisieren. Schön bist du Teil davon! Im Wissen, dass viele von euch nur begrenzt Zeit haben, freuen wir uns auf jede Form der Mitarbeit und auf alle Vorschläge und Initiativen von Dir. Denn wir wollen noch lange nicht in Rente gehen! Im Gegenteil, die kommenden Monate fordern uns mehr denn je. •



FAIRE MILCH: EIN VOLLER ERFOLG!

BERTHE DARRAS
GENOSSENSCHAFT FAIRE MILCH

Die Faireswiss Milchgenossenschaft hatte gehofft, im ersten Jahr 400.000 Liter Milch zu verkaufen. Nun wird sie das Jahr 2020 mit mehr als 1 Million Liter verkaufter Milch abschliessen.

BILANZ EINES ERFOLGREICHEN JAHRES:

- Mit der Einführung neuer Produkte: Der Packung teilentrahmter Milch (1,5% Fett), dem Petit Boisé aus der Käseerei Grand Pré, dem Fondue moitié/moitié Gruyère und Vacherin Fribourgeois AOP aus der Käseerei Vacherin Fribourgeois SA in Bulle, aber auch fair gehandeltem Kaffeebohnen für die Gastronomie.
- Mit immer mehr Absatzkanälen: Neben Manor ist im Juni 2020 auch die Marke Spar in der Deutschschweiz dem Projekt beigetreten, ebenso die PAM- und Edelweiss-Filialen im Wallis; aber auch Aligro, culturefood. Und Institutionen, die uns unterstützen: das Universitätsspitalzentrum Waadt, Kinderkrippen, Betriebsrestaurants (Novae, Eldora), Restaurants, Cafés. Insgesamt gibt es schweizweit rund 400 Verkaufsstellen und Unterstützungsorganisationen!
- Mit dem Aufbau neuer Kooperationen: Online-Verkaufsplattformen wie Farmy.ch, das Label Bleu; das Chocolateriehaus chocola'thé, Intchié No in Sion.
- Mit schönen Belohnungen: dem PERL-Preis (Prix Région Lausanne) und dem Preis der Lotterie Romande im Rahmen der Genusswoche 2020.

MEHR KOOPERATIONSPARTNER*INNEN FÜR DAS JAHR 2021. Anfang Januar 2021 traten 20 neue Milchproduzent*innen der Genossenschaft bei, aus der Deutsch- und aus der Westschweiz. Der Genossenschaft gehören inzwischen rund 60 Produzent*innen an. Die Integration erfolgt jedes Jahr reibungslos über eine Warteliste. Also, werte Milchproduzent*innen, zögern Sie nicht, der Genossenschaft beizutreten.

MEHR ENTWICKLUNG IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN SCHWEIZ. Faireswiss muss sich in der Deutschschweiz besser entwickeln: Eine Person ist nun eigens für die sozialen Netzwerke in der Deutschschweiz zuständig. Das St. Galler-Team hilft uns auch tatkräftig bei der Vernetzung mit den Medien und landwirtschaftlichen Organisationen. Danke an Euch alle! Die Genossenschaft dankt allen Menschen, die das Projekt unterstützen und der Milchwirtschaft so eine Zukunft geben. •

WEITERE INFORMATIONEN UND AUSKUNFTE ZU FAIRESWISS:
Auf Facebook: <https://www.facebook.com/fareswiss>
Und auf unserer Website: www.faireswiss.ch
Kontakt: info@fareswiss.ch



GUATEMALA: AGRARÖKOLOGIE UND SOLIDARWIRTSCHAFT ALS WEGE DURCH DIE CORONA-KRISE

ALICE FROIDEVAUX

Das zentrale Problem in der Corona-Krise war für einen Grossteil der Menschen der Zugang zu Nahrung. Kaum betroffen von der Ernährungskrise sind die Kleinbauernfamilien, die ökologische und diversifizierte Landwirtschaft betreiben. Die Kleinbauernbewegungen in Guatemala müssen aber weiterhin um Unterstützung von der Regierung und für eine reale Anerkennung in der Gesellschaft kämpfen.

GUATEMALA ist eines der Länder mit der höchsten Ungleichheit in der Verteilung von Geld und Gut: Wenige einflussreiche Familien verfügen über einen grossen Teil der wirtschaftlichen Ressourcen des Landes. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in Armut, über 20 Prozent in extremer Armut. Besonders betroffen sind die ländlichen Gebiete und die indigenen Bevölkerungsgruppen.

DIE ERNÄHRUNGS-LAGE IM LAND WAR AUCH SCHON VOR DER PANDEMIE EIN ENORMES PROBLEM. Laut Welthunger-Index sind 16 Prozent der Bevölkerung unterernährt. Bei den Kindern unter fünf Jahren sind es 46,5 Prozent. Grund dafür sind neben der grossen Armut auch klimatische Veränderungen und die Folgen von wirtschaftlichen Grossprojekten. Lange Dürren und wiederkehrende Naturkatastrophen wie Wirbelstürme und Vulkanausbrüche erschweren den Anbau von Gemüse, Mais oder Kaffee. Die vom Staat geförderten Bergbauprojekte und die Monokulturen von Ölpalmen oder Zuckerrohr gefährden die Umwelt, verschmutzen das Wasser und lassen die Bevölkerung schutzlos zurück. Oft sind Vertreibungen vom angestammten Land die Folge.

CORONA-KRISE: DER HUNGER IST SCHLIMMER ALS DIE ANSTECKUNGSGEFAHR. Ab März 2020 breitete sich das Corona-Virus auch in Guatemala aus. Die Regierung traf sehr schnell äusserst strikte Massnahmen. Wenige Tage nach den ersten positiv getesteten Fällen wurden die Grenzen geschlossen und der totale Lockdown mit Ausgangssperren verhängt. Mittels hoher Geldstrafen und Repression wurden die Massnahmen rigoros durchgesetzt.

Als Land mit sehr geringem wirtschaftlichem Spielraum hat Guatemala so ohne Rücksicht auf die Lebensbedingungen der Menschen „das Pulver früh verschossen“. Durch die Corona-Massnahmen ist der informelle Wirtschaftssektor zusammengebrochen. Gemäss der Volkszählung von 2018

leben rund 70 Prozent der guatemaltekischen Bevölkerung in und von diesem System. Die Nahrungsmittel in den Supermärkten und auf den Märkten wurden knapp und die Preise stiegen schlagartig an. „Das betrifft jene schwer, die täglich von der Hand in den Mund leben. Es herrscht grosse Besorgnis darüber, wie die Nahrungsmittel beschafft werden können, wenn man die Häuser nicht verlassen darf und keine finanziellen Mittel vorhanden sind“, berichtet Inés Pérez, lokale Koordinatorin des Schweizer Hilfswerks Fastenopfer. Die Verzweiflung vieler guatemaltekischer Familien ist überall sichtbar. Kinder, Frauen und Männer stehen täglich mit weissen Fahnen in der Hand am Strassenrand oder hängen weisse Fahnen an ihre Häuser. Damit signalisieren sie ihre Not und rufen nach Unterstützung.

AGROÖKOLOGIE UND SOLIDARWIRTSCHAFT ALS WEG DURCH DIE KRISE

Im Gegensatz zur urbanen Bevölkerung sind Kleinbauernfamilien weniger betroffen von der durch Corona ausgelösten Wirtschafts- und Ernährungskrise. Insbesondere diejenigen, welche auf diversifizierte Anbausysteme und lokale Solidarwirtschaft setzen. Argentina, Bäuerin und Mitglied des Netzwerkes für Ernährungssouveränität in Guatemala (REDSAG) erklärt, dass sie diese Krisenzeit dank ihrer agroökologischen Gärten gut meistern kann: „Als der Präsident die Massnahmen bekannt gab, fragten mich Bekannte, ob ich schon im Supermarkt war, ob ich nun alles hätte, um die nächsten Wochen überbrücken zu können. Ich konnte ihnen antworten, dass ich nicht in den Supermarkt gehen muss.“ Und ihre Kollegin María Margarita fügt hinzu: „Wir leben von unserer Parzelle. Uns fehlt es an nichts. Wir haben genügend zu essen: Mais, Bohnen, Fleisch, Milch. Wir haben Legehühner, einen Kräutergarten. Und manchmal muss man halt auch für Alternativen offen sein. Wenn es einmal keine Kartoffeln mehr gibt, haben wir auch noch Maniok und Taro. Sogar Zucker haben wir in Form von Panela, oder wir verwenden Honig, den wir auch selber produzieren.“

Unter den Kleinproduzent*innen werden Produkte auch oft getauscht. Was über ihren Eigenbedarf hinaus produziert wird, verkaufen Argentina und María auf lokalen Bio-Bauernmärkten, welche sie selbst mitaufgebaut haben. Das Einkommen hilft den Familien, weitere notwendige Dinge wie Seife und andere Hygieneartikel zu kaufen oder das Schulgeld für ihre Kinder zu bezahlen.

María ist sich bewusst, dass ihre Situation nicht der Normalfall ist. Deshalb möchte sie die aktuelle Situation zum Anlass nehmen, ihre Nachbarschaft zu sensibilisieren und zu motivieren, ebenso Familiengärten oder Gemeinschaftspartellen anzulegen. „Wir sind mehr als bereit, unser Wissen und unsere Erfahrung zu teilen. Man muss sich aber auch bewusst sein, dass dies alles nicht von heute auf morgen kommt. Ich brauchte etwa 10 Jahre, bis ich da war, wo ich jetzt bin. Aber man kann auch klein anfangen, um sich aus gewissen Abhängigkeiten zu lösen.“

DER KAMPF FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT IST LANG UND BESCHWERLICH. „Jetzt sind die Bauern und Bäuerinnen plötzlich Helden, aber wenn sie aufstehen, um ihr Territorium gegen Bergbau- und Wasserkraftprojekte zu verteidigen, schaden sie dem Fortschritt.“ Im April 2020 verbreitete sich in Guatemala und anderen lateinamerikanischen Ländern ein Bild mit diesem Zitat auf den sozialen Medien. Es zeigt die bittere Realität der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Guatemala. Auch wenn sie im Zuge der Versorgungsknappheit als Helden gefeiert wurden, gibt es von Seiten der Regierung keine reale Unterstützung für sie. Im Gegenteil, sie sollen den Interessen der Grossgrundbesitzer und internationaler Agrarkonzerne Platz machen – wenn nicht freiwillig, dann mit Gewalt. „Für viele bedeutet die agroökologische Produktionsweise, mit viel Handarbeit und der Zurückgewinnung von traditionellem Wissen, leider einen Rückschritt in der produktiven Entwicklung. Auch wenn wir in der Praxis zeigen können, dass wir besser auf Klimaveränderungen und andere Herausforderungen reagieren können, es fehlt der politische Wille. Hoffentlich erlaubt es die momentane Situation, dass endlich ernsthaft eine Gesetzgebung diskutiert wird, die uns kleine Produzenten fördert“, wünscht sich Fabián, Kleinbauer und Agroökologie-Promotor. •

Alice Froidevaux arbeitete zwei Jahre für die belgische Organisation Broederlijk Delen in Guatemala und ist im Vorstand des Guatemala-Netz Zürich.



KONTEN UND BILANZ 2020

GV VOM 11. MÄRZ 2021

AUFWAND UND ERTRAG 01.01.2020 - 31.12.2020

AUFWAND		ERTRAG	
Personalaufwand		Einnahmen Verkauf und Dienstleistungen	
Entschädigungen Präsident	3'000.00	Mitgliederbeiträge alle Sektionen zusammen	193'001.00
Personalaufwand		Beiträge EMB	2'582.60
Löhne	189'882.85	Verkauf	
Div. nicht zugeordnet	- 3.05	Verkauf von Artikeln	
Aufwand Sozialversicherungen		Spenden	33'752.56
AHV, IV, EO, AV	18'565.05	Mandate	280.00
EL Familien	8'227.10	Verkauf von div. Material	507.00
Berufliche Vorsorge	13'603.85	Rücklagen 2020	10'000.00
Unfallversicherung	3'570.10	Einnahmen Arbeit 1% (Tournerève)	1'809.00
Versicherung UM	8'322.00	Mandat GE MaTerre	22'200.00
Krankentaggeldversicherung	- 820.00	Mandat Faire Milch (2018-2019)	49'250.00
andere Versicherungen	461.15	Werbung	794.40
Weitere Personalkosten			
Reise-Transportkosten	9'282.40		
Übernachungskosten	470.00		
Pauschale Mietkosten	4'392.30		
Kosten Präsentation, Tel., div.	5'888.90		
Andere betriebliche Ausgaben			
Miete	5'916.00		
Mitglied.b. ECVC	6'248.21		
Mitglied.b. EMB	1'674.01		
Konferenzen, Treffen			
ECVC Konferenzen, Treffen	185.07		
Ausgaben Administration und Informatik			
Büromaterial, Druck, Fotokopien	2'166.77		
pro litteris	127.10		
Portokosten	1'473.10		
Versand Newsletter	1'495.05		
Abo- Zeitungen	882.00		
Unterstützung div. Orgs.	2'460.00		
Telephon	1'200.00		
Kosten Versammlung	759.00		
andere Treffen	772.60		
Kosten Demonstrationen	700.00		
Druck Zeitung	15'562.00		
Versand Zeitung	2'904.75		
Zeitung Mitglieder Anwerbung	1'100.00		
Fotos für Zeitung	780.00		
Werbung allgm.	155.10		
Uniterre T-Shirts	613.25		
Übersetzungskosten	1'958.44		
Div. Kosten	1'233.00		
Material Unterhalt Informatik	1'646.10		
Postcheck, Bankspesen	578.40		
		Differenz (Verlust)	3'337.24
	317'513.80		317'513.80

SCHLUSSBILANZ 01.01.2020 - 31.12.2020

AKTIVEN		PASSIVEN	
Liquiditäten und Wertpapiere		Kreditoren	8'959.94
Raiffeisen Kontokorrent	60'976.29	Rechtsfond	1'200.00
Raiffeisen Spendenkonto	1'128.43	Kurzfristig für Löhne	
Transitorische Aktiven		Quellensteuer	-208.25
Transitorische Aktiven	7'547.50	Eigenkapital	
Anlagewerte		Kapital / Privat	
Vermögenswerte		Reserve	15'000.00
Garantie an Post	1'507.70		
GRIEF	1'000.00		
		Differenz (Kapital)	47'208.23
	72'159.29		72'159.29

EINLADUNG ZUR GENERALVERSAMMLUNG VON UNITERRE

Die Generalversammlung von Uniterre findet am Donnerstag, den 11. März 2021 von 19:30 Uhr bis 21 Uhr per **Videokonferenz** statt.

Wir brauchen Ihre Anwesenheit, um die Konten 2019 und 2020 zu validieren.

Anmeldung
Eure Teilnahme an der GV könnt ihr unter info@uniterre.ch anmelden. Ihr erhaltet den Link zur Teilnahme zur Videokonferenz per e-mail.

TRAKTANDEN:

1. Protokoll der GV vom 7. April 2019
2. Bericht des Präsidenten
3. Bericht des Sekretariats
4. Wiederwahl des Präsidenten
5. Konten 2019¹ und 2020, Bericht der Revisoren
6. Budget 2021
7. Genehmigung der Berichte, des Jahresabschlusses 2020 sowie des Budgets 2021
8. Präsentation des Programms der Versammlung vom Donnerstag, 20. Mai²

WIEDERSEHEN UND TREFFEN AM 20. MAI 2021

(gerne schon in die Agenda eintragen)
Es wird die Gelegenheit sein, sich endlich wieder zu treffen. Wir werden unsere Vorgehensweise und unsere Ziele zu definieren und gemeinsam unsere Aktivitäten für die Jahre 2021 und 2022 planen können. Für uns alle 2 Jahre, in denen entscheidende Weichen gestellt werden. Wir müssen uns deshalb auf die Positionen einigen, die wir als Uniterre gemeinsam verteidigen wollen.

¹ Der Jahresabschluss 2019 wurde in der 1. Ausgabe 2020 der Uniterre Zeitung veröffentlicht.

² Siehe dazu in dieser Ausgabe S.4 ganz links:
> Mitglieder, die sich engagieren.

Unser Spendenkonto

Banque Raiffeisen Broye Vully Lacs
1564 Domdidier
CCP de la Raiffeisen 17-1378-2
IBAN: CH23 8080 8002 5119 3914 1

UNITERRE
av. du Grammont 9
1007 Lausanne

UNITERRE ist von den Steuerbehörden Waadt als gemeinnützig anerkannt. Sie können Ihre Spenden an UNITERRE von Ihren Steuern abziehen.
MERCII!

WIDERSTAND GEGEN UNERTRÄGLICHE ARBEITSBEDINGUNGEN IN ANDALUSIEN

ROBIN DESBOIS
MITGLIED VON UNITERRE

Am 18. Dezember 2020 brachte ein Webinar zum Thema „Landwirtschaft der Zukunft“ mehr als dreissig Teilnehmer*innen aus verschiedenen Regionen der Schweiz zusammen: Menschen, die sich für eine nachhaltige und sozialverträgliche Landwirtschaft engagieren, diskutierten über die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft in verschiedenen Ländern, insbesondere in der Schweiz, in Italien und Spanien. Die Sprecher*innen der spanischen Gewerkschaft SOC-SAT¹ gaben einen Überblick über die sozialen und ökologischen Auswirkungen der intensiven Landwirtschaft in Andalusien. Diese stellt vielfältige Anforderungen an die Produzenten, sowohl im vorgelagerten Bereich (Lieferanten von Betriebsmitteln wie Saatgut, Pestiziden, Düngemitteln usw.) als auch im nachgelagerten Bereich (Gross- und Einzelhandel). Es ist aber vor allem der Handel, der die Preise für die Produzent*innen nach seinen eigenen Interessen diktiert und eine dezentralisierte und konzentrierte Produktion dort bevorzugt, wo die Bedingungen eine Massenproduktion zu niedrigen Preisen erlauben.

SOZIALE KOSTEN: Diese Art der Landwirtschaft verursacht immense soziale Schäden. Almeria produziert Obst und Gemüse, das seit etwa 40 Jahren in ganz Europa und sogar darüber hinaus exportiert wird. Diese Produktion basiert auf der Ausbeutung von Arbeiter*innen in prekären Arbeitsverhältnissen. Viele dieser Menschen sind Migrant*innen. Sie arbeiten ohne Vertrag oder mit Tagelöhner-Verträgen und können jederzeit entlassen werden. Gesetze oder Tarifverträge werden hier meist nicht durchgesetzt, Mindestlöhne werden nicht gezahlt und unbezahlte Überstunden können jederzeit unter Androhung der Entlassung eingefordert werden.

ÖKOLOGISCHE FOLGEN: Auch ökologisch gesehen sind die Kosten dieser Produktion enorm: In Almeria werden die Wasserreserven übernutzt, was zur Absenkung des Grundwasserspiegels und dessen Verschmutzung durch Stickstoff und Pestizide führt. Kunststoffreste sammeln sich überall in Gruben und Flüssen an, hohe CO₂-Emissionen und um den Verlust an Biodiversität und vieles mehr.

ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT IST NOCH NICHT SOZIALE LANDWIRTSCHAFT. Die Konsument*innen erwarten, dass Bio-Produkte unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen angebaut werden. Dieser Punkt löste bei den Teilnehmer*innen viele Reaktionen aus, als sie von den SOC-SAT-Aktivist*innen erfuhren, dass sich die Arbeitsbedingungen in vielen Bio-Unternehmen leider nicht von denen in konventionellen Betrieben unterscheiden. Vor allem grosse Bio-Produktionsbetriebe wie „Bio Sabor“ oder „Haciendas Bio“ haben auf die Forderungen der Arbeiter*innen mit Repression und Entlassung reagiert. Leider versprechen die Labels Bio Suisse oder Demeter seit Jahren, die Arbeitsbedingungen zu kontrollieren, aber sie haben immer nur Versprechen gemacht und jetzt ist klar, dass sie sie nicht einhalten werden!

KAMPF FÜR MENSCHENWÜRDIGE ARBEITSBEDINGUNGEN. Die Arbeiter*innen sind immer weniger bereit, prekäre Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Regelmässig finden Streiks und Protestaktionen statt, die von der SOC-SAT oder anderen Gewerkschaften organisiert werden. Ende 2020 wurden viele Unternehmen von Arbeit*innen blockiert, um der Forderung für faire Kollektivverträge, welche über Jahre nicht angepasst wurden, Nachdruck zu verleihen. •

¹ SOC-SAT: Gewerkschaft der Landarbeiter - Andalusische Arbeitergewerkschaft. Siehe: <https://socsatalmeria.org>

DIE MISERE IM MILCHSEKTOR

LESERBRIEF VON MAURUS GERBER, SCUOL
MITGLIED UNITERRE UND MILCHKOMMISSION

Aufgabe von SMP und BO Milch ist es, die Wertschöpfung bei der Milch und die Milchwirtschaft zu stärken sowie die Marktanteile zu halten und auszubauen. Doch seit Jahren liegt namentlich die Molkereimilch-Produktion im Argen und leidet unter dem Ungleichgewicht zwischen Produzent*innen und Abnehmern / Verarbeitern.

Die bäuerlichen Standesorganisationen verhindern erfolgreich die angedachte direkte Auszahlung der Verkäufszulage an die Produzent*innen. Resultat:

- Jährlich versickern weiterhin –zig Millionen bei den (industriellen) Verarbeitern.
- Industriekäse aus B-Milch wird zu 3.-/kg im Ausland verhöckert und konkurrenziert damit unsere qualitativ hochstehenden Exportkäse.

IN IHRER MEDIENMITTEILUNG VOM 4. NOVEMBER 2020 schreibt die Branchenorganisation (BO) Milch: „Die gestiegene Nachfrage nach Schweizer Milchprodukten spiegelt sich auch in höheren Produzentenpreisen. Das Milchpreismonitoring der Schweizer Milchproduzenten (SMP) weist für den August 2020 einen gegenüber dem Vorjahresmonat um 3 Rappen höheren Milchpreis für Molkereimilch aus.“ Der Zufall will es, dass just nach dem „Vorjahresmonat“ August 2019 mit Pauken und Trompeten der Grüne Teppich eingeführt wurde, mit 3 Rappen Zuschlag pro kg Milch. Ebenfalls auf den 1. September 2019 fallen die 0,9 Rappen für den Ausgleichsfonds weg, weil dieser übervoll ist. Resultat:

- „Die Produzenten profitieren damit von der knappen Marktsituation“ mit einer Senkung von 0,9 Rp. pro kg Milch.
- Darüber hinaus spielen die Abnehmer nach Belieben mit dem prozentualen Anteil und dem Preis für die B-Milch.

FÜR DIE PER JANUAR 2021 angekündigte Richtpreiserhöhung von 2 Rp. (A-Milch) brauchte die BO Milch 2 intensive und lange Verhandlungsrunden, bei denen die Produzenten-Vertreter*innen gemäss SMP geschlossen auftraten. Überlegungen dazu:

- Es bleibt abzuwarten, ob die 2 Rp. wirklich ausbezahlt werden, oder was für Vorwände vorgeschoben werden, um die Produzent*innen weiterhin zu schröpfen.
- Die Marktgesetze funktionieren bei der Milch schon beim kleinsten Überschuss. In Mangelsituationen indes kommt das Recht des Stärkeren zum Zug.
- Wenn die Produzenten-Vertreter*innen in der BO Milch ausschliesslich und vehement die Interessen der Produzent*innen vertreten würden, wären substanzielle Verbesserungen für die Produktion sehr wohl möglich.

LIEBE MILCHPRODUZENTINNEN UND -PRODUZENTEN, merkt ihr, in welchem Masse man euch „verseckelt“ und sich indirekt über euch und eure Arbeit lustig macht? Merkt ihr, welche bauernverachtende und volksverdummende Desinformationspolitik ihr mit den Beiträgen an „eure“ Dachorganisationen mitfinanziert? Wählt in eure Dachorganisationen nur noch Leute, die ausschliesslich und mit vollem Engagement eure Anliegen vertreten. Nur dann hat die Schweizer Milchproduktion eine Zukunft. Der Count-down läuft. Es ist höchste Zeit zum Handeln! Bevor es zu spät ist. •

Eure Meinung ist uns wichtig.

Wollt ihr einen Beitrag zu einem Thema, das in der Zeitung behandelt wurde, schreiben?

Habt ihr andere Themen, die euch unter den Nägeln brennen? Schreibt uns an:

info@uniterre.ch
> Betreff: Zeitung

AGENDA

Generalversammlung Uniterre

11. März 2021

per Videokonferenz

Siehe Einladung und Anmeldemöglichkeit auf Seite 7.

5. Begegnung Allmend

Fr. 16. - So. 18. April 2021

Austausch- und Vernetzungstreffen für eine regenerative und solidarische Landwirtschaft, ferme de la Touvière, Meinier (Genf), b-allmend.ch

Strategietag Uniterre

20. Mai 2021

Wir planen Vorgehensweise und Ziele.

Gerne das Datum vormerken. Die Sitzung ist offen für alle Interessierte.

Demonstration: Essen ist politisch!

Samstag, 5. Juni 2021, 15 Uhr - 17.30 Uhr,

Bundesplatz Bern

Organisiert durch: Landwirtschaft mit Zukunft

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich NEU: David Jacobson 076 562 03 26

BS/BL Florian Buchwalder 079 470 70 48

Bern Daniel Flühmann 078 845 48 99

Aargau Georg Dällenbach 078 645 15 59

Luzern Markus Müller 079 216 40 30

Tessin Noëmi Lerch 079 339 82 07

Graubünden Kesang Schneider 076 522 71 06

Deutschschweiz Mathias Stalder 079 409 72 06

IMPRESSUM

Sekretariat/ Werbung

Uniterre, av. du Grammont 9, 1007 Lausanne,
021 601 74 67 www.uniterre.ch info@uniterre.ch

Verantwortlich für die Zeitung

Ulrike Minkner, u.minkner@uniterre.ch
Michelle Zufferey, m.zufferey@uniterre.ch

Verwaltung Mitgliederdatei

Claude Mudry, 079 365 76 10, c.mudry@uniterre.ch

Übersetzung

Stefanie Schenk
Michael Huber
Büro Uniterre

Fotos

Kurt Graf Archiv 1
Eric Roset 2,5
Alice Froidevaux 6

Druck

Imprimerie du Journal de Sainte-Croix et Environs
1450 Sainte-Croix, 024 454 11 26
Imprimé sur papier certifié FSC-Mix.